

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Zweites Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe - Drucksache 7/4454 vom 02.11.2021

Berichterstatterin:

Abgeordnete Kristy Augustin (CDU-Fraktion)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf unverändert annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag überwies den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Zweites Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe - Drucksache 7/4454 - in seiner 54. Sitzung am 17. November 2021 zur Beratung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Personalbemessung im Kindertagesstättengesetz im Kinderkrippenbereich (unter 3-Jährige) ab dem 1. August 2022 von 1:5 auf 1:4,65 verbessert wird. Der Gesetzentwurf zielt zudem darauf ab, dass die bundesrechtlichen Regelungen zum Masernschutz in das Landesrecht übernommen werden, ohne darüber hinausgehende Regelungen zu treffen.

B. Beratung

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport verständigte sich in seiner 24. Sitzung am 17. November 2021 darauf, ein schriftliches Anhörungsverfahren zu dem Gesetzentwurf durchzuführen und den kommunalen Spitzenverbänden, dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss, dem Landeskitaelternbeirat sowie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.

Zu der abschließenden Beratung in der 25. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 2. Dezember 2021 lagen schriftliche Stellungnahmen des Landkreistages Brandenburg (Anlage 1), des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (Anlage 2), des Landeskitaelternbeirates (Anlage 3) sowie der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege (Anlage 4) vor. Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss hat aus organisatorischen Gründen keine Stellungnahme eingereicht.

Die AfD-Fraktion fragte unter anderem, ob gewährleistet sei, dass die 470 benötigten zusätzlichen Stellen für pädagogisches Personal zum 1. August 2022 besetzt würden, und falls nicht, welche Anstrengungen das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport unternehme, um die Aufgabe fristgerecht zu erfüllen. Zudem erkundigte sich die AfD-Fraktion, wie sichergestellt werde, dass auch kleine und mittlere Einrichtungen von der Personalschlüsselverbesserung profitierten und welche Zusicherung die Landesregierung den Trägern geben könne, dass die Personalschlüsselverbesserung zu keiner zusätzlichen finanziellen und personellen Belastung der Träger führe. Überdies fragte die AfD-Fraktion, ob bei Einführung einer Impfpflicht die Gefahr bestehe, dass sich der Personalmangel verschärfen werde. Die AfD-Fraktion kritisierte, dass es sich lediglich um eine Entlastung auf dem Papier handele.

Die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport wies darauf hin, dass Kindertagesbetreuung kommunale Selbstverwaltung sei und das Land mit den Maßnahmen die Verbesserung der Qualität in den Kitas unterstütze, jedoch nicht abschließend für alle Verbesserungen im Kita-bereich verantwortlich sei. Die Leitungsfreistellung werde an anderer Stelle zu entscheiden sein. Die Ministerin gab zu bedenken, dass jede Personalschlüsselverbesserung von der Frage begleitet werde, wie der Fachkräftebedarf gedeckt werden könne. In der Vergangenheit sei es stets gelungen, Personalschlüsselverbesserungen auf den Weg zu bringen,

wobei sie auf die erfolgreiche personelle Verstärkung im Rahmen des Landesprogramms „Kiez-Kita - Bildungschancen eröffnen“ verwies. Überdies komme eine vom MBS in Auftrag gegebene Studie des Deutschen Jugendinstituts zu dem Ergebnis, dass der Bedarf an pädagogischen Fachkräften mittelfristig gedeckt sei, wobei es möglicherweise deutliche regionale Unterschiede gebe. Ein hoher Anteil der Beschäftigten arbeite derzeit in Teilzeit, sodass die Möglichkeit bestehe, stundenweise aufzustocken. Die Personalschlüsselverbesserung führe indirekt zu Arbeitserleichterungen für Erzieherinnen und Erzieher und könne Motivation sein, die wöchentliche Arbeitszeit zu erhöhen. Das Argument zusätzlicher Verwaltungskosten sei nicht nachvollziehbar. Auf die Frage der AfD-Fraktion teilte die Ministerin mit, dass möglichst viele Personen geimpft sein sollten, um Einschränkungen im Kita- und Schulbetrieb zu vermeiden. Eine berufsbezogene sowie eine allgemeine Impfpflicht werde diskutiert. Sollte es eine allgemeine Impfpflicht geben, würde dies alle Berufsgruppen betreffen.

Die Fraktion DIE LINKE wies auf die Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages hin, wonach die Personalschlüsselverbesserung in drei Stufen zu einem hohen Verwaltungsaufwand führe. Bezug nehmend auf die Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege kritisierte sie, dass kleine Einrichtungen nicht von der Gesetzesänderung profitierten. Die Fraktion DIE LINKE begründete ihre Enthaltung zu dem Gesetzentwurf unter anderem damit, dass sie die Wirkung bezweifle, die Kitaleitungsfreistellung praxisnäher sei, ein erhöhter Verwaltungsaufwand verhindert werden müsse und im Ausschuss keine mündliche Anhörung stattgefunden habe. Viele Erzieherinnen und Erzieher seien einer großen Belastung ausgesetzt und würden ihre Arbeitszeit nicht erhöhen wollen, da die Vor- und Nachbereitung sowie Fortbildung nicht in der Arbeitszeit berücksichtigt werde.

Die Koalitionsfraktionen erklärten, dass es noch weitere Verbesserungen im Zuge der Reform des Kita-Rechts in der Legislaturperiode geben werde. Es handele sich beim vorliegenden Gesetzentwurf um einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Qualität der Kitas, der auch spürbar sein werde. Die Änderung des Personalschlüssels erfolge in drei Stufen, um genügend Fachkräfte gewinnen zu können. Es sei ausreichend Personal vorhanden und jedes Jahr würden mehr Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet. Überdies müsse der Märserschutz umgesetzt werden. Die Stellungnahmen stellten wichtige Anregungen für den weiteren Prozess der Kita-Rechtsreform dar.

Abschließend beschloss der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (7:0:3), dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes „Zweites Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe“ auf Drucksache 7/4454 zu empfehlen.

Anlagen

Anlage 1: Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg

Anlage 2: Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Anlage 3: Stellungnahme des Landeskitaälternbeirates des Landes Brandenburg

Anlage 4: Stellungnahme der LIGA der freien Wohlfahrtspflege

Landkreistag Brandenburg

- per E-Mail -

Landkreistag Brandenburg
Postfach 60 10 35, 14410 Potsdam

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Bildung,
Jugend und Sport
Frau Vorsitzende
Kristy Augustin, MdL
Alter Markt 1

14467 Potsdam

Hausanschrift:

Jägerallee 25
14469 Potsdam

Postanschrift:

Postfach 60 10 35
14410 Potsdam

E-Mail:

poststelle@landkreistag-brandenburg.de

Telefon: 03 31/2 98 74 – 0

Telefax: 03 31/2 98 74 – 50

Durchwahl:

03 31/2 98 74 – 31

Datum: 2021-11-26

Az.: 51 00-22/S/chr

(bei Antwort bitte angeben)

texte/landtag/allgemein/2021/lt202119.doc

Ihre Schreiben vom

18. November 2021

Ihr Zeichen

**Zweites Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der
7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe – LT-Drs.
7/4454 vom 2. November 2021**

hier: Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg

Sehr geehrte Frau Augustin,

vielen Dank für die uns eingeräumte Möglichkeit, eine Stellungnahme im schriftlichen Anhörungsverfahren abzugeben. Nachstehend unsere Anmerkungen.

Mit Art. 1 Nr. 1 des Gesetzentwurfs wird die bereits im Koalitionsvertrag vorgesehene Personalschlüsselverbesserung umgesetzt. Wie bei den vorangegangenen Personalschlüsselverbesserungen wird der damit verbundene finanzielle Ausgleich die tatsächlich anfallenden Ausgaben nicht abdecken und erfüllt damit die Anforderungen aus Art. 97 Abs. 3 LV an das Konnexitätsprinzip nicht. Denn erneut wird nicht mit jahresaktuellen Kinderzahlen und nicht mit den tatsächlichen Tarifabschlüssen kalkuliert, sondern nur mit denen des Vorjahres. Dies ist nicht nachvollziehbar, da die jeweils auf das Jahr bezogenen aktuellen Zahlen und in der Regel auch die Tarifabschlüsse bekannt sind. Soweit Tarifabschlüsse nicht bekannt sind, muss aber jeweils unterjährig nachgesteuert werden, denn es ist nicht verfassungskonform, erkennbare Belastungen aufgrund unzulänglicher Berechnungsmethoden der kommunalen Seite auf Dauer anzulasten.

Zu den Personalschlüsselverbesserungen machen wir auf den sich weiter verschärfenden Mangel an qualifiziertem Fachpersonal aufmerksam, der sich mit jeder Personalschlüsselverbesserung zu

spitzt. Es ist nicht ausreichend, den Personalschlüssel im Gesetz zu verbessern und die Praxis mit den Auswirkungen alleine zu lassen, sondern Kinder, Eltern und Träger erwarten die Unterstützung des Landes bei der Fachkräftegewinnung. Diese ist jedoch nicht zu erkennen. Es ist aber nicht hinnehmbar, die Anforderungen immer weiter zu erhöhen, obwohl diese in der Praxis nicht oder nur schwer umsetzbar sind. Hier sind Lösungsvorschläge von Seiten des Landes erforderlich.

Der nach dem Konnexitätsprinzip ebenfalls erforderliche Ausgleich zusätzlicher Verwaltungskosten durch die zusätzlichen Aufgaben auf kommunaler Ebene durch doppelte Meldungen, Bescheideerteilungen und Abrechnungen fehlt im Gesetzentwurf gänzlich. Dieser Ausgleich muss ergänzt werden.

Wir gehen bereits in dieser Stellungnahme auch auf mögliche spätere Änderungen des Gesetzes ein, damit der mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und einer zukünftigen weiteren Personalschlüsselverbesserung verbundene Umsetzungsaufwand vermieden wird.

Auch wenn der Gesetzentwurf nur noch die erste Stufe der Personalschlüsselverbesserung umfasst, möchten wir auf die weiteren, in den nächsten Jahren bevorstehenden Schritte, wie sie noch im Referentenentwurf erhalten waren, eingehen, denn diese Änderungen sind offensichtlich nur terminlich verschoben, eine inhaltliche Überarbeitung wohl aber nicht beabsichtigt. So teilt das MBS mit Schreiben vom 4. November 2021 mit, dass

“die Gesetzesänderungen zurückgestellt wurden, deren Inkrafttreten erst nach 2022 vorgesehen waren. Dies betrifft die weiteren Schritte der Verbesserung der Personalbemessung im Krippenbereich zum 1. August 2024 (auf 1:4,25) und zum 1. August 2025 (auf 1:4) sowie die weiteren Schritte zur Ausweitung der Beitragsbefreiung im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung bzw. für alle Kindergartenkinder (ab dem dritten Lebensjahr bis zur Einschulung) ab dem 1. August 2023 bis zum 1. August 2024.

Die Koalitionsparteien haben sich darauf verständigt, mit dem aktuellen Gesetzgebungsverfahren zunächst nur die Vorhaben umzusetzen, die im Haushalt 2022 vorgesehen sind. Die zurückgestellten weiteren Vorhaben, die in der mittelfristigen Finanzplanung bereits angedacht und verabredet sind, sollen mit einem gesonderten Gesetzentwurf entsprechend der weiteren Finanzplanungen eingebracht werden.“

Die Änderung des Personalschlüssels in drei Stufen führt zu einem höheren Verwaltungsaufwand, da abweichend von der Regelfinanzierung nach Stichtagen und Personaleinsatz alle Bescheide und Berechnungen in den Jahren 2022, 2024 und 2025 doppelt ausgefertigt werden müssen. Das dafür erforderliche Personal ist in den Landkreisen jedoch nicht vorhanden.

Insoweit ist es unerlässlich, dass alle Stufen der Personalschlüsselverbesserung so vorgesehen werden, dass der Umsetzungsaufwand minimiert wird. Hierfür müsste lediglich der Stichtag für die Anpassung auf den regulären Abrechnungstichtag gelegt werden. Wir haben diese Forderung bereits bei den entsprechenden Schritten in den Vorjahren formuliert, aber leider hat

das Land der besonderen Belastung der Mitarbeiter in den Jugendämtern nicht Rechnung getragen.

Auch zu der nicht mehr in der LT-Drucksache, zunächst im Referentenentwurf aber enthaltenen Regelung zum nächsten Schritt der Elternbeitragsfreiheit müssen wir Bedenken äußern, weil zu erwarten ist, dass diese Regelung später in ihrer unzulänglichen Ausgestaltung unverändert wieder vorgelegt werden wird.

Zu der ab 2023 geplanten weiteren Elternbeitragsfreiheit sah der Referentenentwurf in § 17 b für die entgangenen Elternbeiträge einen Ausgleich in Höhe von 105 Euro je Kind und Monat vor. Höhere Einnahmeausfälle können die Träger wiederum geltend machen.

In der Begründung wurde darauf hingewiesen, dass die Träger ab dem 1. August 2024 keine Nachweise mehr für höhere Einnahmeausfälle erbringen können, da in der Altersgruppe der Kindergartenkinder dann keine Elternbeiträge mehr erhoben werden. Damit würde ab 1. August 2024 in Ermangelung von anderen Nachweisen nur noch die niedrigere Pauschale gezahlt werden.

Dies ist für die Träger nicht hinnehmbar. Sie kalkulieren ihre monatlichen Platzkosten und können nachweisen, welche Kosten ihnen je Kindergartenplatz (abzüglich der Personalkostenzuschüsse des Landkreises und sonstiger zweckgebundener Zuweisungen) entstehen. Weiter können sie anhand der Kostendeckung in den Bereichen Kinderkrippe und Hort nachweisen, wie hoch der Deckungsgrad der Platzkosten durch Elternbeiträge ist. Damit können sie auch die Einnahmeausfälle im Kindergartenbereich beziffern. Somit liegen auch nach Abschaffung der Elternbeiträge die Berechnungsgrößen für den Ausgleich nach dem Konnexitätsprinzip verlässlich vor. Anstelle unpräziser Pauschalen können also die tatsächlichen Werte für die auszugleichenden Einnahmeausfälle zugrunde gelegt werden.

Eine feste Pauschale, zumal in der Höhe noch unter dem für vorhergehende Jahre als erforderlich angenommen Wert, wird dem Konnexitätsprinzip nicht gerecht, denn die Kostensteigerungen werden damit nicht mehr ausgeglichen. Das Konnexitätsprinzip erfordert aber nicht nur eine einmalige Kalkulation, sondern eine regelmäßige Überprüfung, ob der Ausgleich noch auskömmlich ist und erforderlichenfalls eine Anhebung.

Einige Gemeinden haben bereits vorgeschlagen und beraten, die Elternbeiträge in ihren Satzungen dennoch auszuweisen – quasi nachrichtlich –, auch wenn sie nicht mehr erhoben werden dürfen, damit gegenüber dem Land eine Nachweisführung möglich bleibt. Das Land sollte diese Vorstöße aufgreifen und gemeinsam mit der kommunalen Seite eine akzeptierte Lösung entwickeln.

Die beabsichtigte Reduzierung des pauschalen Erstattungsbetrags für Einnahmeausfälle von 125,00 Euro auf 105,00 Euro je Kind ab dem 1. August 2023 ist in Anbetracht der im letzten Jahr stark angestiegenen Verbraucherpreise nicht nachvollziehbar. So sind beispielsweise die Energiepreise um 14,3 %, die Kosten für Nahrungsmittel um 4,9 % sowie die Kosten für Brennstoffe (Gas und Öl) um 7,5 % angestiegen.

Gemäß § 17 b Abs. 3 KitaG wird der Pauschalbetrag erstmals 2020 und danach alle zwei Jahre überprüft. Weshalb das Land trotz nachweislich angestiegener Verbraucherpreise und Personalkosten den Pauschalbetrag verringern will, ist nicht nachvollziehbar. Vielmehr wäre die Fortschreibung und damit eine Erhöhung der Pauschale angezeigt.

Es muss in diesem Zusammenhang auch auf den Normzweck hingewiesen werden. Die Vorschrift des § 17b KitaG wurde mit dem Gesetz zum Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit in Kitas vom 18. Juni 2018 in das KitaG eingefügt und regelt das Ausgleichsverfahren zwischen dem Träger der Kindertagesstätte und dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Um den bürokratischen Aufwand eines Antragsverfahrens und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand gering zu halten, hatte sich der Landesgesetzgeber für einen grundsätzlichen Ausgleich durch Zahlung eines kinderzahlenabhängigen Pauschalbetrags entschieden. Die Gesetzesbegründung enthält die Aussage, dass je höher dieser Pauschalbetrag angesetzt wird, desto geringer der zusätzliche bürokratische Aufwand ist, vgl. Gesetzesbegründung zu § 17b Abs. 1 in LT-Drs. 6/8212 und 6/8818.

Die angekündigte Reduzierung der Pauschale wird dazu führen, dass die Kommunen die Restkosten zu refinanzieren haben. Zudem ist ein immens steigender Verwaltungsaufwand zu erwarten, denn der niedrige Pauschalbetrag wird nicht ausreichen, um die durch die Elternbeitragsbefreiung entgangenen Einnahmen zu kompensieren, sodass die Einrichtungsträger vermehrt Anträge auf höhere Einnahmeausfälle bei den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe stellen werden.

Hier zeigt sich ein weiterer Schwachpunkt der Regelung, denn diese Anträge laufen allesamt ins Leere laufen: Bereits nach der derzeitigen Rechtslage hat das MBS bisher keine entsprechenden Anträge positiv beschieden. Mit anderen Worten: Die Regelungssystematik spiegelt nur die Möglichkeit eines zusätzlichen Ausgleichs vor, den das MBS in der praktischen Umsetzung nicht gewähren will und nicht gewähren wird. Das entspricht aber nicht den Anforderungen des Art. 97 Abs.3 LV, wonach jede Kommune die realistische Möglichkeit des Ausgleichs der ihr entstehenden Mehraufwendungen haben muss. Die Pauschale muss daher auskömmlich kalkuliert und regelmäßig angepasst werden.

Zu den weiteren Artikeln des Gesetzentwurfs bestehen keine Bedenken.

Wir bitten den Ausschuss, den Gesetzentwurf entsprechend zu ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen



Jutta Schlüter



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Die Vorsitzende
Frau Christy Augustin
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Per E-Mail: ausschussabjs@landtag.brandenburg.de

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33
E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>
Datum: 01.12.2021
Aktenzeichen: 406-00
Auskunft erteilt: Sebastian Kunze

Stellungnahme zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe – LT-DS. 7/4454 Ihr Schreiben vom 18. November 2021

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Möglichkeit der Stellungnahme zum o.g. Gesetzesentwurf bedanken wir uns.

Der übermittelte Gesetzentwurf hat sich gegenüber dem uns im Oktober 2021 übersandten Referentenentwurf erheblich verändert und beinhaltet nunmehr die schrittweise Ausweitung der Elternbeitragsfreiheit im Kindergartenbereich sowie Änderungen der Personalbemessung im Krippenbereich ab dem Jahr 2023 nicht mehr. Wir hatten zum Referentenentwurf insbesondere die nicht nachvollziehbare Ermittlung der Pauschale für ein beitragsfreies vorletztes Kita-Jahr in Höhe von 105 € kritisiert. Erfreulicherweise wurde diese Regelung nunmehr zunächst zurückgestellt.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die auf das Jahr 2022 beziehenden Änderungen und die darauf aufbauenden Finanzierungen konnexitätsrelevanter Sachverhalte an der bisherigen Systematik des KitaG orientieren. Diese Herangehensweise ist zunächst einmal nicht grundsätzlich zu beanstanden. Dennoch sind die vorgeschlagenen Regelungsvorschläge allerdings spürbar nachzubessern. Insbesondere betrifft dies die Zahl der Verbesserungsschritte beim Personalschlüssel.

1.) Verbesserungen des Personalschlüssels

Wie bereits bei den Verbesserungen des Personalschlüssels in den Vorjahren begrüßt der Städte- und Gemeindebund Brandenburg die angedachten qualitativen Verbesserungen; allerdings wäre die Einführung einer - von uns seit Jahren geforderten - 3. Betreuungsstufe gerechter und auch im Hinblick auf die mit der Kitarechtsreform avisierte Umstellung der Finanzierung zielführender. Die jetzt vorgesehenen jeweils jährlichen kleineren Anpassungen führen zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand (wiederholte Anpassungen von Software und Formularen); die tatsächlichen personellen Zuwächse in (insbesondere kleineren) Kitas werden jedoch praktisch kaum Wirkung entfalten. Es wird daher empfohlen, die Verbesserung in nur zwei Schritten vorzunehmen (2022 oder 2023 auf 1:4,5 und dann 2025 auf 1:4).

Eine Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung setzt unter anderem auch einen verstärkten Einsatz von pädagogischem Personal voraus. Dafür schafft das Gesetz durch eine Veränderung des Mindestpersonalschlüssels zumindest für den U3-Bereich die erforderliche Voraussetzung. Eine tatsächliche Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten ergibt sich allerdings erst dann, wenn der sich daraus ergebende Personalbedarf auch vollständig gedeckt werden kann. Gegenwärtig und auf absehbare Zeit ist dafür aufgrund des signifikanten Mangels an ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern kaum zu rechnen. Es ist dringend darauf hinzuweisen, dass es sowohl für die regelmäßig auftretenden Personalbedarfe aufgrund des altersbedingten Ausscheidens vorhandener Beschäftigter als aber auch insbesondere für - wie in diesem Fall - neu begründete Personalbedarfe einer deutlichen Verstärkung der Bemühungen des Landes um ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten bedarf. In diesem Zusammenhang ist u.E. dringend auf eine nachhaltige und regelhafte duale Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher nach BBiG hinzuwirken – wir hatten dies in den Vorjahren schon wiederholt gefordert. Leider hat die Landesregierung unsere Vorschläge in dieser Richtung bisher konsequent ignoriert.

2.) Übergangsfrist

Für eine Übergangsfrist von mindestens sechs Monaten ist eine generelle Ausnahmeregelung zur Unterschreitung des Mindestpersonalschlüssels von 10 v.H. erforderlich. Ansonsten steht zu befürchten, dass Betreuungsverhältnisse zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz in einzelnen Fällen aufgrund von Personalmangel nicht rechtzeitig begründet werden können.

Für Erläuterungen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit Blick auf die Beteiligung von Verbandsgremien behalten wir uns Änderungen dieser Stellungnahme vor.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Graf', with a stylized, cursive script.

Graf

Landeskitaelternbeirat des Landes Brandenburg
vertreten durch den Vorstand
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Vorsitzende
Frau Kristy Augustin, MdL
Alter Markt 1
14461 Potsdam

Oberkrämer, den 26.11.2021

Stellungnahme zum Entwurf für ein Zweites Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe (Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4454 vom 02.11.2021)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme, nehmen die Gelegenheit gern wahr und nehmen zum Entwurf wie folgt Stellung:

Verbesserung der Personalbemessung im U3-Bereich

Die Bereitschaft der Landesregierung, die Personalbemessung im Krippenbereich – unter 3 Jährige – zu erhöhen, begrüßen wir sehr.

Unser Apell, die Personalbemessung in allen Bereichen zu verbessern bzw. diese komplett neu zu überdenken, um auch bei Krankheit, Urlaub und Fortbildung des pädagogischen Personals den gesicherten Anspruch der Kinder auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertagesstätten hinreichend überzeugend gewährleisten zu können, blieb unberücksichtigt. Wir betonen noch einmal, dass gerade der Hort in den letzten Jahrzehnten von allen Personalverbesserungen ausgeschlossen war. Immer mehr emotional sozial schwache Kinder müssen aufgefangen werden und die Einzelfallhelfer stehen in der Hortzeit den Kindern selten zur Verfügung. Die theoretische Personalbemessung hält den tatsächlichen Erfordernissen bei Weitem nicht Stand. Daher betrachten wir die Gesetzesänderung, mit einer ausschließlichen Verbesserung im Krippenbereich, weiterhin als sehr kritisch.

Darüber hinaus missbilligen wir ausdrücklich, dass im Vergleich zum ersten vorgelegten Entwurf die Gesetzesänderungen nicht mehr enthalten sind, deren Inkrafttreten nach 2022 vorgesehen waren. Den Verweis darauf, dass die zurückgestellten weiteren Vorhaben, die in der mittelfristigen Finanzplanung bereits angedacht und verabredet sind, mit einem gesonderten Gesetzentwurf entsprechend der weiteren Finanzplanungen eingebracht werden sollen, verstehen wir als ein Hinhalten. Mit dieser Stellungnahme erinnern wir ebenso die Koalitionsparteien ausdrücklich an ihren erteilten Auftrag und an die von ihnen niedergeschriebenen politischen Absichtserklärungen.

Beteiligung von Eltern von im Gebiet des örtlichen Trägers rechtsanspruchserfüllend in Kindertagespflege betreuten Kindern

Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass wir eine Beteiligung der Eltern von im Gebiet des örtlichen Trägers rechtsanspruchserfüllend in Kindertagespflege betreuten Kindern nicht als hinreichend gegeben ansehen.

§ 2 Absatz 5 KitaG erstreckt die Regelungen des Kindertagesstättengesetzes, in denen ausdrücklich nur von Kindertagesstätten die Rede ist, u.a. auch auf das Angebot der Tagespflege. Bei der sinngemäßen Anwendung der jeweiligen Vorschrift ist die Besonderheit des Angebots zu berücksichtigen und diese so auf dieses Angebot anzuwenden, dass Ziel und Zweck erreicht werden.

Die Beteiligung von Eltern von im Gebiet des örtlichen Trägers rechtsanspruchserfüllend in Kindertagespflege betreuten Kindern wird mit dem aktuellen Wortlaut des § 6a Kindertagesstättengesetz (KitaG) allerdings eingeschränkt. Nach Absatz 3 Satz 5 können zu Beratungen der Kreiskitaelternbeiräte auch Eltern hinzugezogen werden, deren Kinder in Kindertagespflege betreut werden. Wahlberechtigung und Wählbarkeit dieser Eltern werden damit ausgeschlossen. Eine hinreichende Beteiligung dieser Eltern findet somit nicht statt.

Aus unserer Sicht könnte auch dies ein Indikator für rückläufige Zahlen der Kindertagespflegestellen in Brandenburg sein.

Um die Möglichkeit der Beteiligung auch der Eltern von im Gebiet des örtlichen Trägers rechtsanspruchserfüllend in Kindertagespflege betreuten Kindern sicherzustellen, unterbreiten wir folgenden Änderungsvorschlag mit der Bitte um entsprechende Berücksichtigung oder die Aufnahme inhaltsgleicher Gesetzesänderungen:

Unter Artikel 1 Änderung des Kindertagesstättengesetzes wird aufgenommen:

In § 6a Absatz 2 wird Satz 1 um den Teilsatz „; vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung durch das für Jugend zuständige Mitglied der Landesregierung, sollen die Eltern von im Gebiet des örtlichen Trägers rechtsanspruchserfüllend in Kindertagespflege betreuten Kindern aus ihrer Mitte zu Beginn eines Kita-Jahres für ihre Kindertagespflegestelle ein Mitglied und eine Stellvertretung in den Kreiskitaelternbeirat für zwei Jahre (Wahlperiode) wählen“ ergänzt.

sowie

In § 6a Absatz 2 wird Satz 6 nach dem Wort Einrichtung um die Worte „bzw. Kindertagespflegestelle“ ergänzt.

sowie

In § 6a Absatz 3 wird Satz 5 ersatzlos gestrichen.

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweisen wir auf die Ausführungen in unserer Stellungnahme vom 19.10.2021 und fügen diese ebenfalls bei.

Mit freundlichen Grüßen

Catharina Kahl und Danilo Fischbach - Landeselternsprecher*innen

Landeskitaelternbeirat des Landes Brandenburg
vertreten durch den Vorstand
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Oberkrämer den 19.10.21

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf für das *Zweite Gesetz zur Qualität und Teilhabeverbesserung in der 7 Legislaturperiode in der Kinder und Jugendhilfe des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport*

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Landeskitaelternbeirat (LKEB) begrüßen wir die Möglichkeit einer Stellungnahme und die Bereitschaft der Landesregierung mehr pädagogische Fachkräfte in die Einrichtungen zu bringen und den Kindergartenbesuch bis 2024 beitragsfrei zu stellen.

Jedoch kritisieren wir, dass die Änderung des Vertrages zum Gute-Kitagesetz zwischen der Bundesrepublik und dem Land Brandenburg ohne die Beteiligung der Verbände vorgenommen wurde und der Fokus ausschließlich auf der qualitativen Verbesserung im Krippenbereich liegt.

Verbesserung der Personalbemessung im U3-Bereich

Als LKEB freuen wir uns grundsätzlich über 1480 zusätzliche Stellen für pädagogisches Personal bis 2025 – jedoch sollten diese, unserer Meinung nach, dem ganzen System KiTa zur Verfügung stehen. Anstelle einer Personalverbesserung, die sich ausschließlich auf den U3-Bereich konzentriert, muss der Fokus auf eine echte Vertretungsreserve (Bildungsschlüssel) gelegt werden – für Krippe, Kindergarten und Hort! Gerade der Hort wurde in den letzten Jahrzehnten von allen Personalverbesserungen ausgeschlossen. Auch wenn hier perspektivisch Änderungen durch den Ganztagsrechtsanspruch lauern, sollte dieser nicht außer Acht gelassen werden.

Zur Aufrechterhaltung der frühkindlichen Bildung, gegen den hohen Belastungsgrad und Krankenstand unter dem Personal, dessen Zufriedenheit und zur Sicherung der Qualität, gilt es endlich personelle Reserven zu schaffen, die bei Krankheit, Urlaub, Fortbildung des pädagogischen Personals greifen. Dass KiTa-Gruppen aufgeteilt werden müssen und damit der Betreuungsschlüssel ausgehebelt wird, dass sich das Personal krank zur Arbeit schleppt und sich dauerhaft ausgebrannt fühlt, wirkt sich nicht nur auf die Zufriedenheit der Belegschaft aus sondern belastet auch die Kinder.

Bereits vor der Covid-19-Pandemie wurden Öffnungszeiten wegen hoher Krankenstände oder fehlendem Personal reduziert, bzw. Einrichtungen geschlossen. Corona hat nun mit besonderer Wucht verdeutlicht, wie fatal es ist, wenn diese „Fehlzeiten“ in der

Personalbemessung keine Berücksichtigung finden. Nicht umsonst wurden im Rahmen der epidemischen Lage durch den Landesgesetzgeber Möglichkeiten geschaffen, bis zu 10 % vom Personalschlüssel abweichen zu dürfen und darüber hinaus auch andere Kräfte zur Unterstützung ins System zu holen. Leider wurde diese Möglichkeit – die wir im Vorfeld so oft hinsichtlich des Fachkräftegebots hart kritisierten - nicht oft in Anspruch genommen, sodass KiTas reihenweise ihre Öffnungszeiten verkürzten oder im schlimmsten Fall sogar Einrichtungen vorübergehend geschlossen wurden. Dies führte mitunter zu schweren Folgen für Familien in diesem Land: Familie und Beruf waren nicht miteinander vereinbar und Kinder von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen. Welche Kosten dies für die Gesellschaft hat – ist nicht zu beziffern. Auch wir heben noch einmal hervor, wie sehr gerade die Jüngsten von der Pandemie betroffen waren – ihre soziale Gruppe ist ihnen weggebrochen. Es ist also an der Zeit diesen Mangel zu beheben und nicht zu verwalten – die Chance sollte dringend genutzt werden.

Eine verbesserte Personalbemessung wirft immer auch die Frage auf, woher die neuen, zusätzlichen Fachkräfte kommen sollen? Aus unserer Sicht besteht bereits jetzt ein erheblicher Fachkräftemangel in Brandenburg – sogar in der ganzen Bundesrepublik - welcher durch die andauernden Stellenausschreibungen der Einrichtungsträger für Erzieher*innen zu belegen ist. Aus unserer Sicht müssen die Ausbildungskapazitäten, eine praxisintegrierte Ausbildung, die Ausbildung von Fachlehrern, die Abschaffung des Schulgeldes und eine Ausbildungsvergütung in der Fläche auf die Prioritätenliste der Landesregierung, da ohne ausreichend pädagogische Fachkräfte, die Verbesserungen der Personalbemessung ins Leere laufen. Nahezu jedwede qualitative Verbesserung geht einher mit mehr Personal in den Einrichtungen – davon sind wir überzeugt. Jeder in die frühkindliche Bildung investierte Euro, rentiert sich für die Gesellschaft um ein Vielfaches, sichert Brandenburg Wohlstand und Demokratie.

Über die geplanten Änderungen des Zweiten Gesetzes zur Qualität und Teilhabeverbesserung hinaus muss das Finanzierungssystem umgehend angepasst und nachjustiert werden.

Bezugnehmend auf unseren Hilferuf vom 16.09.21 erneuern und erweitern wir hiermit unsere Forderungen zur Klärung grundsätzlicher Probleme in der kleinen Novelle:

Bitte stellen Sie klar, was umlagefähige Betriebskosten sind und sichern Sie, dass einer Elternbeitragsordnung eine öffentlich zugängliche Kalkulation zugrunde liegen muss!

Wir brauchen auch klare Regelungen des Landesgesetzgebers, welche Verwaltungskosten bis zu welcher Höhe auf Elternbeiträge umgelegt werden dürfen.

Hintergrund dessen ist, dass zunehmend und vornehmlich von kommunalen Trägern im Rahmen der Platzkostenkalkulation bis zu 15% Verwaltungskosten auf Elternbeiträge umgelegt werden – Kosten, die ein freier Träger vermutlich so nie gegenüber der Gemeinde geltend machen könnte - fordern wir als LKEB eine 15 prozentige Steigerung der Mittel für die Verbesserung der Personalbemessung im U3-Bereich für Verwaltungskosten der Einrichtungsträger. Die Umlage der Kosten führt zu steigenden Elternbeiträgen im U3 Bereich - ob dies vom Landesgesetzgeber gewollt ist, können wir als LKEB abschließend nicht bewerten.

Stellen Sie klar, dass Kosten für Gebäude und Grundstücke und deren Bewirtschaftung gem. §16 (3) schon immer in Abzug gebracht werden mussten!

Alternativ prüfen Sie eine Umsetzung dessen über die BKNV und streben Sie eine Änderung des jetzigen §17 Absatz 2, Satz 2 an:

Bei der Ermittlung der beitragsfähigen Betriebskosten ist zunächst von der Gesamtsumme der der Betriebskosten mindestens der Betrag abzuziehen, den der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen Zuschuss nach § 16 Absatz 2 zu gewähren hat.

Dieser Satz sollte mindestens geändert werden in:

Bei der Ermittlung der beitragsfähigen Betriebskosten ist zunächst von der Gesamtsumme der der Betriebskosten mindestens der Betrag abzuziehen, den der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe einen Zuschuss nach § 16 Absatz 2, § 16 Absatz 3 und §17b zu gewähren hat.

Hintergrund dieser Forderung ist, dass gegenwärtig die Träger der Einrichtungen die Zuschüsse des Landes für Elternbeitragsbefreiung erhalten, diese aber nicht von den elternbeitragsfähigen Betriebskosten in Abzug bringen müssen. Dadurch besteht die Möglichkeit, die Gesamtkosten der Einrichtung auf alle Eltern, welche noch Elternbeiträge entrichten müssen, umlegen können, was wiederum zu steigenden Elternbeiträgen und einer Doppelfinanzierung des Landes und der Elternschaft führen würde. Analog verhält es sich bei den Zuschüssen der Gemeinde in Rahmen der Gesamtfinanzierungsverantwortung nach § 16 Absatz 3. Das ist wahrlich kein Phantom sondern mancherorts schon angewandte Praxis.

Sorgen Sie für eine Rechtsaufsicht, die einschreitet, wenn die Umsetzung nicht den Grundsätzen des Gesetzes entspricht!

Nach jetziger Sachlage finanziert das Land den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (Landkreise, kreisfreien Städte) die Verbesserung der Personalbemessung gemessen an der Anzahl der Kinder im U3, U6 bzw. Ü6 Bereich welche theoretisch betreut werden können. Eine Überprüfung der tatsächlichen Belegung und ob ausreichend Fachkräfte bei den Trägern der Einrichtungen vorgehalten werden, findet nicht statt. Gerade im U3-Bereich liegen die Betreuungsquoten in Brandenburg laut statistischen Bundesamt vom 30.09.20 bei 57,7 Prozent. Dennoch finanziert das Land den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe die Verbesserung der Personalbemessung für eine Betreuungsquote von 100 Prozent der Kinder im Alter. betreuungsfähigen

Gerade in Zeiten, in denen Verbesserungen aufgrund von knappen Haushaltsmitteln verschoben oder abgelehnt werden, sollten wir uns diesen Luxus nicht mehr leisten. Jeder Euro, den das Land zusätzlich ins System gibt, sollte zu unmittelbaren Verbesserungen in der KiTa führen und auch nicht als Verwaltungspauschale im System versacken. Denkbar wäre eine Rückkehr zu den Pauschalen für die tatsächliche Kinderzahl in den Einrichtungen.

Wir Eltern zahlen dem Träger der Einrichtung auch 100 Prozent der umlagefähigen Personalkosten über die Elternbeitragsordnungen. Durch Unterschreitungen des Personaleinsatzes (offene Stellen, Krankheiten) erfolgen aber keine Gutschriften für die nicht erbrachte, aber kalkulierte Personalbemessung. Obwohl bei Erkrankungen über sechs Wochen die Krankenkassen die Lohnfortzahlung nach unseren Kenntnisstand übernehmen, bleiben wir an der Kostentilgung beteiligt.

Nächste Schritte zur Beitragsbefreiung von Eltern, deren Kinder im vorletzten Kita-Jahr vor der Einschulung bzw. im Kindergartenalter in der Kita oder Kindertagespflege betreut werden.

Als LKEB begrüßen wir ausdrücklich das Vorhaben der Landesregierung den Kindergartenbesuch für alle Kinder beitragsfrei zu stellen. Aus unserer Sicht ist dieses Vorhaben sowohl für die Teilhabechancen aller Kinder als auch als familienpolitische Maßnahme geboten.

Die Verschiebung des vorletzten beitragsfreien Kitajahres vom 01.08.2022 auf dem 01.08.2023 im Verbund mit der Änderung der Mittelnutzung aus dem guten Kitagesetz kritisieren wir.

In Brandenburg gab es unter der letzten Landesregierung ein breites Beteiligungsverfahren über die Nutzung der Mittel aus dem Gute-Kitagesetz. Als LKEB haben wir in allen Beteiligungsverfahren den Gleichschritt zwischen qualitativen Verbesserungen und den Ausbau der Beitragsfreiheit gefordert. Gegenüber der Bundeselternvertretung (BevKi) wurde von einem Mitglied des Landtages (05.06.21) auf einer virtuellen Podiumsdiskussion unser Brandenburger Weg als Vorbild für den Bund gelobt. Da anders als in anderen Ländern, Brandenburg weder einseitig die Qualität oder einseitig die Beitragsfreiheit umsetzen wird. Sondern beides im Gleichschritt. Noch mit Pressemitteilung vom 06.01.2021 erklärte das MBJS, Kinder im vorletzten Jahr vor der Einschulung ab dem 01.08.2022 gebührenfrei zustellen, mit 14 Mio. Euro aus den Mitteln des Gute-KitaG. In dieser Mitteilung des MBJS war von der Nutzung der Bundesmittel für eine eventuelle Krippenschlüsselverbesserung keine Rede. Auch in den Gesprächen zwischen Hausleitung und LKEB wurde diese Änderung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Brandenburg zu keinen Zeitpunkt thematisiert. Umso überraschter waren die Mitglieder des LKEB als wir über die Bundeselternvertretung vor wenigen Wochen einen geänderten Vertrag zwischen dem Bundesland Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland erhalten haben und das diese Vertragsänderung ohne Beteiligung der Verbände (kommunaler Spitzenverband, Landkreistag, Liga der Wohlfahrtsverbände, LKEB usw.) und ohne Beteiligung des Landtages stattgefunden hat. Gerade letzterer ist aus unserer Sicht der Landesgesetzgeber. Wer diese Änderung der Nutzung der Mittel aus dem Guten-Kitagesetz ohne Beteiligungsverfahren beschlossen hat bleibt für den LKEB bis zum heutigen Tage ein Geheimnis. Aus diesem Grunde fordern wir alle Beteiligten Akteure auf, zurück auf dem Weg von demokratischen Teilhabeprozessen zu kehren um eine breite Akzeptanz unter allen Beteiligten Akteuren zu gewährleisten. Festzustellen bleibt das Brandenburg nach der bundesrechtlichen Vorgabe, der Beitragsfreistellung für Transferleistungsempfängern, keine Bundesmittel für die Beitragsfreistellung für alle Kinder und Familien in Brandenburg genutzt hat.

Mit freundlichen Grüßen Catharina Kahl und Danilo Fischbach - Landeselternsprecher*innen

-

LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48, 14473 Potsdam

Landtag Brandenburg

Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Alter Markt 1

14467 Potsdam

- Per E-Mail -

Potsdam, 26.11.2021

Stellungnahme zum Zweiten Gesetz zur Qualitäts- und Teilhabeverbesserung in der 7. Legislaturperiode in der Kinder- und Jugendhilfe, hier: Anhörung zum Entwurf der Landesregierung (Drucksache 7/4454)

Sehr geehrte Frau Augustin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

gern nehmen wir die Möglichkeit wahr, zu o.g. Gesetzentwurf der Landesregierung Stellung zu nehmen.

Neben redaktionell notwendigen Anpassungen des Kitagesetzes zielt dieser Entwurf im Kern auf eine der im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien festgehaltenen Qualitätsverbesserungsmaßnahmen für Kindertagesstätten. Diese soll durch die Bundesmittel über das „Gute-Kita-Gesetz“ finanziert werden. Auch wenn Qualitätsverbesserungen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf angestrebt wird, müssen wir die Wirksamkeit anzweifeln.

Im Rahmen der Anhörung stellen wir im Folgenden dar,

- welche geringen Auswirkungen die Personalschlüsselverbesserung von 1:5 auf 1:4,65 im Bereich der Kinder unter drei Jahren hat und warum wir in Brandenburg ein nachvollziehbares Personalbemessungsmodell für die Kindertagesbetreuung brauchen,
- welche Wirkung eine Verbesserung in der Bemessung der Leitungszeit über den Leitungssockel sowohl auf die verfügbare pädagogische Arbeitszeit der Fachkräfte als auch für Qualitätsentwicklung für alle Kindertagesstätten haben kann,
- warum landeseinheitliche Regelungen für sozialverträgliche und angemessene Elternbeiträge im Rahmen der Kita-Gesetzes-Novelle spätestens für das Kita-Jahr 2022/2023 erforderlich sind und wie diese gestaltet sein sollten.

Wirkung der Personalschlüsselverbesserung U3

Im Koalitionsvertrag ist eine Personalschlüsselverbesserung für die Betreuung von Kindern bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres von 1:5 auf 1:4 vorgesehen. Mit vorliegendem Entwurf ist jedoch lediglich ein Teilschritt der Verbesserung der Personalbemessung von 1:5 auf 1:4,65 geplant.

Federführender Verband 2020/2021
Caritasverbände
für das Erzbistum Berlin e.V. und
für die Diözese Görlitz e.V.

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48
14473 Potsdam

Telefon 0331 . 284 97 63
Telefax 0331 . 284 97 30
E-Mail info@liga-brandenburg.de
Web www.liga-brandenburg.de



Erinnern wir uns an die Personalschlüsselverbesserung von 1:6 auf 1:5 im Jahre 2010, so signalisierte die Praxis berechtigterweise, dass die angenommene Verbesserung für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren nicht in erhofften Maß in den Einrichtungen spürbar wurde. Die Betreuung von Kindern mit Betreuungszeiten über 8 Stunden sowie wachsende Anforderungen an die Arbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung waren als Hauptursache identifiziert worden. Mehr Zeit für die individuelle Zuwendung für die Kinder wurde vielerorts nicht erzielt. Insbesondere in Einrichtungen mit einer geringen Anzahl an Kindern unter 3 Jahren konnte nicht der Effekt erzielt werden, eine zusätzliche Fachkraft einzustellen. Bestenfalls durch Teilzeitverträge oder Aufstockung der arbeitsvertraglichen Arbeitszeiten konnte der geringen zusätzlichen Zumessung an notwendig pädagogischem Personal gerecht werden. Eine Verbesserung durch den Einsatz von zusätzlichen Fachkräften wurde in vielen kleinen Einrichtungen de facto nicht erzielt.

Nunmehr soll eine Verbesserung der Personalbemessung um ein Viertel angestrebt werden. Rechnerisch wurde ermittelt, dass landesweit 470 Fachkraft-Vollzeitäquivalente (VZÄ) mehr eingesetzt werden könnten. Bezieht man dies auf die Gesamtheit aller Einrichtungen mit einem Angebot für Kinder unter drei Jahren (ca. 1.500) sind dies im Landesdurchschnitt rechnerisch lediglich 0,3 VZÄ pro Einrichtungen.

Sofern es nicht Einrichtungen mit vielen Kindern unter drei Jahren sind, wird dadurch nicht mal eine Teilzeitkraft eingestellt werden können. Es wäre realitätsfern anzunehmen, dass zusätzliche Fachkräfte für einen Arbeitsvertrag mit z.B. 13,3 Stunden gewonnen werden. Zur Deckung des sog. notwendigen pädagogischen Personals (npP) kann vielen Fällen nur durch die Erhöhung der arbeitsvertraglichen Beschäftigungs-umfänge erreicht werden. Dies setzt voraus, dass Fachkräfte in Teilzeit bereit sind, ihre wöchentliche Arbeitszeit zu erhöhen. Abwesenheiten wegen Urlaub, Fortbildung oder Krankheit zur Verfügung stehen.

Anlage 1 belegt entlang von Beispielen realer Einrichtungen eindrücklich, dass kleine Kitas sowie Einrichtungen mit einem geringen Anteil von Kindern unter 3 Jahren kaum zusätzliche Kräfte gewinnen werden können. Bei mittleren Einrichtungen (ab rd. 70 bis rd. 130/140 Kindern insgesamt) könnten bestenfalls in zusätzliche Fachkräfte in Teilzeit (für 20-24 Stunden) eingestellt werden – und dies auch nur, wenn der Anteil an Krippenkindern relativ hoch ist. Lediglich große Einrichtungen mit mehr als 150 Kindern und davon hohen Krippenanteil werden eine reelle Chance haben Fachkräfte für 30 Wochenstunden und ggf. etwas mehr neu einzustellen. Oder anders formuliert: eine Teilzeitkraft mit rd. 20 bis 24 arbeitsvertraglich geregelter wöchentlicher Arbeitszeit kann erst eingestellt werden, wenn rund 40 Krippen Kinder in der Einrichtung sind. Dies reduziert nochmals die Anzahl der Kitas, die durch einen Zuwachs an Fachkräften von dieser Maßnahme „profitieren“ könnten.

In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, dass es künftig dringend geboten ist, grundlegend die Personalmessung im Land Brandenburg transparenter zu gestalten. Die derzeitige Personalmessung gibt keinerlei Auskunft über das Fachkraft-Kind-Verhältnis. Die Empfehlungen der AG 4 und AG 5 Kita-Rechtsreformsind aus unserer Sicht dringend zu berücksichtigen: „Im Kitarecht wird verankert, dass dem Verfahren zur Erteilung der Betriebserlaubnis ein landeseinheitliches, transparentes und nachvollziehbares Personalbemessungsmodell sowie ein landeseinheitliches und nachvollziehbares Berechnungsmodell für die Berechnung der Brutto-Netto-Jahres-Arbeitszeit einer Fachkraft und der Zeitanteile für mittelbare pädagogische Arbeit zugrunde liegt.“ (ebenda S. 57/58) Denn es ist Tatsache, dass in der aktuellen Personalmessung in Brandenburg nicht erkennbar ist, welche Zeitanteile dem npP für mittelbare (Vor- und Nachbereitung, Beobachtung, Dokumentation, Elterngespräche, Gespräche mit Schule, Jugendamt und anderen Institutionen, Teambesprechungen etc.) sowie durchschnittliche Abwesenheitszeiten (z.B. wegen Urlaub, Krankheit und Fortbildung) als erforderlich angesehen und damit zugemessen werden.

Wir appellieren daher dringend an alle, noch einmal die vorgesehene Maßnahme zu überdenken und mit nachfolgend beschriebener Alternative abzuwägen!

Mehr Zeit für Leitung – mehr Zeit für Qualitätsentwicklung und pädagogische Arbeitszeit der Fachkräfte

Mit Bezug auf das ebenfalls im Koalitionsvertrag aufgeführte Vorhaben, auch die Leitungszeit als qualitativen Grundstein zu berücksichtigen sowie den Empfehlungen des Expertendialogs Kita Brandenburg aus dem Jahre 2017 sehen wir – wie bereits mehrfach gefordert – die Notwendigkeit einer gesetzlichen Erhöhung des sogenannten Leitungssockels auf 20 Stunden pro Woche.

Aus Sicht der LIGA für eine solche Maßnahme sprechen u.a. folgende Gründe:

- Die Stärkung der Leitung ist einer der zentralen Handlungsfelder des Gute-Kita-Gesetzes von welchem in Brandenburg alle Einrichtungen der Kindertagesbetreuung im vorschulischen Bereich profitieren würden.
- Freiwerdende zeitliche Ressourcen würden für Mehr(zeit) der Fachkräfte für die direkte Arbeit mit dem Kind zur Verfügung stehen. Jede Leitungskraft hat derzeit in der Zumessung nur eine verfügbare Zeit für Leitungstätigkeiten, die je nach Einrichtungsgröße von 7,5 Wochenstunden bis maximal 22,5 Wochenstunden reicht. Der übrige arbeitsvertragliche Zeitanteil ist der direkten pädagogischen Arbeit mit den Kindern zuzumessen. Wird die Leitungszeit erhöht, kann mehr Zeitanteil für die direkte pädagogische Arbeit anderen Fachkräften übertragen werden. Mehr Leitungszeit ist also auch eine Verbesserung der Personalzumessung für die gesamte Einrichtung.
- Mehr Zeit für Leitungstätigkeit bedeutet mehr Zeit für Teamentwicklung (inkl. Personalgewinnung etc.), für Elternarbeit, für Sozialraumarbeit, für Qualitätssicherung und -entwicklung, für Konzeptarbeit, für eine Mitbegleitung von Auszubildenden.
- Ungeachtet der derzeitigen besonderen pandemiebedingten Herausforderungen, deren Ende nicht absehbar ist, werden auf Leitungskräfte im Zusammenhang mit den Reformen des SGB VIII sowie des Kita-Gesetzes zusätzliche Aufgaben einhergehen, deren Umsetzung vorbereitet und gesichert sein muss. Hierzu gehören neben Vorhaben der Überarbeitung von Qualitätserfordernissen, anvisierten Qualitätsfeststellungsverfahren insbesondere durch das Kinder- und Jugend-Stärkungsgesetz einhergehende Erfordernis, Schutz-, Beteiligungs- und Beschwerdekonzepte zu prüfen und fortzuentwickeln. Ferner sind mit der geplanten Kita-Gesetz-Reform zahlreiche und weitreichende neue Anforderungen zu erwarten, die von Kita-Leitung bereits vor Inkrafttreten vorzubereiten und darüber hinaus zu sichern sind (z.B. Anpassung der pädagogischen Konzeption unter Berücksichtigung der fortzuentwickelnden Grundsätze elementarer Bildung, Intensivierung der Zusammenarbeit mit Eltern).
- Von der Verbesserung des „Sockels“ profitieren alle Einrichtungen – unabhängig von der Einrichtungsgröße gleichermaßen, insbesondere die kleinen Einrichtungen. Damit würde dem Umstand Rechnung getragen, dass die oben beschriebenen Aufgaben in allen Einrichtungen anfallen und der zeitliche Bedarf nur bedingt durch die Einrichtungsgröße determiniert ist.

Die Schlüsselrolle von Kita-Leitung wird durch alle Beteiligten nicht in Frage gestellt, doch seit Einführung des Leitungssockels im Jahr 2017 von 0,0625 VZÄ (0,25 Wochenstunden) bleibt mit jeder Novelle des Brandenburgischen Kita-Rechts dessen politisch zugesagte schrittweise Erhöhung aus.

Welche Wirkungen die jeweiligen Schritte einer Verbesserung der Leitungsanteile auf einzelne Einrichtungsgrößen haben würde, wird in Anlage 2 dargestellt.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass sich durch diese strukturelle Form der Verbesserung der Personalzumessung zugleich die Fachkraft-Kind-Relation verbessert wird. Welcher Betreuungsform und Gruppe dieses Plus an Zeit für die Kinder zugutekommt, liegt dann im Ermessen der Einrichtung.

Die Anpassung des Leitungssockels mit der Zielperspektive von 20 Wochenstunden, ist nicht nur dringend notwendig, sondern auch schrittweise umsetzbar.

Elternbeitragsfreiheit & sozialverträgliche Elternbeiträge

Erwartet hatte die LIGA, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zugleich Regelungen mit Blick auf die Kostenbeteiligung von Eltern an der Kindertagesbetreuung getroffen werden. Wir appellieren an alle, dass dies spätestens mit Beginn des Kita-Jahres 2022/2023 erfolgt. Dies betrifft vor allem Aspekte einer landesweit einheitlichen Regelung zur Bemessung der Elternbeiträge.

Aktuell nehmen wir wieder stark zunehmenden Konflikte um die Regelung von Elternbeiträgen zwischen Gemeinden, Eltern und Trägern wahr. Wir appellieren daher wiederholt, die Grundlage für landeseinheitlichere, echte sozialverträgliche Ausgestaltung der Kostenbeiträge der Eltern umzusetzen.

Der erste Versuch eine landesweit einheitliche Elternbeitragsregelung zu erlassen ist gescheitert. Aus Sicht der LIGA bedarf es jedoch schon vor der geplanten Kita-Rechts-Reform zum Jahr 2023 einer Anpassung des Kita-rechtes mit dem Ziel die Grundsätze der Elternbeitragsberechnung so klar zu fassen, dass sie für alle anwendbar sind und zugleich einen Beitrag zur landesweiten Annäherung der Beiträge selbst leisten. Elternbeiträge müssen transparent ermittelt sowie gerecht, sozialverträglich und an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern orientiert sein.

Als Eckpunkte für eine Anpassung des Kita-Rechts zum Sommer 2022 schlagen wir vor:

- Die Regelungen gelten landeseinheitlich und für alle gleichermaßen; sie sind gerecht und nachvollziehbar und berücksichtigen hinlänglich die Kriterien der Sozialverträglichkeit und Orientierung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Das bedeutet u.a.
 - Es werden Einstiegsbeiträge sichergestellt, die berücksichtigen, dass das Elterneinkommen nicht deutlich über dem von Geringverdienern liegt.
 - Ein angemessenes Höchsteinkommen (bei rd. 80.000 € Netto-Jahreseinkommen) führt zu dem Effekt, dass Familien mit mittlerem Einkommen nicht unverhältnismäßig hoch belastet werden.
 - Sozialverträglich im Sinne der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gewährleistet, dass Mehrkindfamilien in der Summe prozentual nicht stärker belastet werden als Einkindfamilien und die Staffelungsstufen sind so ausgestaltet, dass es auch innerhalb der einzelnen Einkommensstufen nicht zu unverhältnismäßigen Mehrbelastungen von Familien am unteren Ende der Einkommensstufe kommt.
- Die Grundlage der Berechnung sollte weiterhin ausschließlich das Eltern-Einkommen sein. Die Ermittlung des Einkommens muss für alle gleich (nach dem Einkommenssteuerbescheid des Vorjahres) sein.
- Für Familien nicht beeinflussbare Faktoren wie die Höhe der Betriebskosten oder der Standort der Kita spielen durch einheitlich vorgegebene Beträge keine Rolle mehr.

Mit einer landeseinheitlichen Regelung würde für alle Beteiligten der Verwaltungsaufwand minimiert und auch der aufwendige Prozess zur Herstellung des Einvernehmens entfallen. Darüber hinaus würden Konflikte minimiert sowie Ungleichbehandlungen ausgeschlossen werden und ein Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt geleistet.

Wir weisen zudem darauf hin, dass das Verfahren der vorgesehenen Ausgleichszahlungen für eine weitere Elternbeitragsfreiheitsstufe wieder den Verwaltungsaufwand im Kontext der Elternbeiträge erhöht. Wir mahnen dringend an, freie und öffentliche Träger zunehmend von diesen abkömmlichen Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Mit einer landesweit einheitlichen Elternbeitragstabelle kann eine erhebliche Reduzierung der Trägeraufgaben im Zuge der Ermittlung und Festsetzung der Elternbeiträge erreicht werden. Auch der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist dann nicht mehr mit dem Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens belastet. Eine einheitliche Beitragstabelle kann ein Türöffner für die Kita-Rechts-Reform 2023 sein, mit der die Aufgabe der Erhebung den Kommunen zugeordnet wird und sich insgesamt die Verwaltungskosten im System der Kindertagesbetreuung weiter reduzieren lassen.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit und stehen für einen gemeinsamen Austausch jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Ulrike Kostka
LIGA-Vorsitzende
Caritasverband Erzbistum Berlin e.V.



Bernd Mones
LIGA-Vorsitzender
Caritasverband Diözese Görlitz e.V.



Jens-Uwe Scharf
LIGA-Vorsitzender
Caritasverband Erzbistum Berlin e.V.

Krippenschlüsselverbesserung 1:4,65 -Auswirkungen auf Einrichtungen - Praxisbeispiele

zur einfachen Darstellung nur 1:5 bzw. 1:4,65; bei hohem Anteil Verträge 6 Wochenstunden wäre 0,8:5 bzw. 0,8:4,65 zu rechnen

Realeinrichtung	Anzahl Kinder in Einrichtung gesamt	Kinder-anzahl Krippe	Anzahl MAs	VZE (1:5)	VZE (1:4,65)	Differenz VZE	Differenz / Plus Wochenstunden MA (bei 40 Stunden tarifl. Wochen- arbeitszeit)	Potential Neueinstellung
Realeinrichtung 01	70	60	15	12,00	12,90	0,90	36,13	Neueinstellung ja, 1 MA mit 0,9 VZE (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stundenverträge)
Realeinrichtung 04	68	16	5	3,20	3,44	0,24	9,63	nein
Realeinrichtung 06	22	7	2	1,40	1,51	0,11	4,22	nein
Realeinrichtung 08	38	9	2	1,80	1,94	0,14	5,42	nein
Realeinrichtung 09	43	15	3	3,00	3,23	0,23	9,03	nein
Realeinrichtung 10	48	12	4	2,40	2,58	0,18	7,23	nein
Realeinrichtung 11	76	30	8	6,00	6,45	0,45	18,06	nein
Realeinrichtung 12	101	46	9	9,20	9,89	0,69	27,70	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 13	146	40	9	8,00	8,60	0,60	24,09	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 15	186	38	7	7,60	8,17	0,57	22,88	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 16	107	30	7	6,00	6,45	0,45	18,06	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 17	129	34	9	6,80	7,31	0,51	20,47	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 18	70	20	5	4,00	4,30	0,30	12,04	nein
Realeinrichtung 20	120	20	4	4,00	4,30	0,30	12,04	nein
Realeinrichtung 21	128	42	9	8,40	9,03	0,63	25,29	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 22	44	15	3	3,00	3,23	0,23	9,03	nein
Realeinrichtung 23	70	20	5	4,00	4,30	0,30	12,04	nein
Realeinrichtung 24	48	12	3	2,40	2,58	0,18	7,23	nein
Realeinrichtung 25	178	29	6	5,80	6,24	0,44	17,46	nein; trotz großer Einrichtung insgesamt nicht mal 20 Stunden-Vertrag denkbar
Realeinrichtung 26	82	31	6	6,20	6,67	0,47	18,67	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 27	99	32	10	6,40	6,88	0,48	19,27	nein; unrealistisch, da ohnehin hoher Teilzeitanteil; eher Stundenerhöhung (ggf. für mehrere MAs)
Realeinrichtung 28	90	24	5	4,80	5,16	0,36	14,45	nein
Realeinrichtung 29	275	43	8	8,60	9,25	0,65	25,89	ja, 1 MA mit Teilzeitvertrag
Realeinrichtung 30	24	7	2	1,40	1,51	0,11	4,22	nein
Realeinrichtung 31	67	24	6	4,80	5,16	0,36	14,45	nein
Realeinrichtung 32	195	43	9	8,60	9,25	0,65	25,89	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 33	114	38	7	7,60	8,17	0,57	22,88	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 34	28	11	3	2,20	2,37	0,17	6,62	nein
Realeinrichtung 35	64	16	5	3,20	3,44	0,24	9,63	nein
Realeinrichtung 36	84	28	6	5,60	6,02	0,42	16,86	nein
Realeinrichtung 37	179	26	6	5,20	5,59	0,39	15,66	nein
Realeinrichtung 38	34	10	2	2,00	2,15	0,15	6,02	nein
Realeinrichtung 40	85	23	6	4,60	4,95	0,35	13,85	nein
Realeinrichtung 41	48	13	3	2,60	2,80	0,20	7,83	nein
Realeinrichtung 42	42	15	3	3,00	3,23	0,23	9,03	nein
Realeinrichtung 43	75	23	7	4,60	4,95	0,35	13,85	nein
Realeinrichtung 44	109	32	8	6,40	6,88	0,48	19,27	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)
Realeinrichtung 45	425	79	19	15,80	16,99	1,19	47,57	ja, 2 MA mit Teilzeitvertrag oder 1 MA VZ und Rest Arbeitszeit erhöhen
Realeinrichtung 46	195	43	12	8,60	9,25	0,65	25,89	max. Teilzeitkraft (sofern hoher Anteil mehr als 8 Stunden-Verträge)

Auswirkung Stufen Leitungssockelerhöhung auf Einrichtungsgrößen

Einrichtungsgröße (nach päd. Fachkräften lt. npP)	einrichtungs- größenabhängige Leitungsfreistellung in VZÄ	Leitungssockel (seit 2017)			Sockelerhöhung auf 0,125 VZÄ (Verdoppelung auf 5 Wochenstunden)			Sockelerhöhung auf 0,185 VZÄ (Erhöhung um 5 Wochenstunden)		
		in VzÄ (= 2,5 h/Wo.)	Gesamt VZÄ	Stunden/ Woche	in VzÄ (= 5 h/Wo.)	Gesamt VZÄ	Stunden/ Woche	in VZÄ (=7,5 h/Wo.)	Gesamt VZÄ	Stunden/ Woche
bis zu 4 VZÄ	0,125	0,0625	0,1875	7,5	0,125	0,25	10	0,185	0,31	12,5
4 bis zu 10 VZÄ	0,25	0,0625	0,3125	12,5	0,125	0,375	15	0,185	0,435	17,5
bis zu 15 VZÄ	0,375	0,0625	0,4375	17,5	0,125	0,5	20	0,185	0,56	22,5
mehr als 15 VZÄ	0,5	0,0625	0,5625	22,5	0,125	0,625	25	0,185	0,685	27,5

Einrichtungsgröße (nach päd. Fachkräften lt. npP)	einrichtungs- größenabhängige Leitungsfreistellung in VZÄ	Hinweis: einrichtungsgrößenabhängige Variable soll künftig nicht mehr orientiert sein an Vollzeitäquivalenten des pädagogischen Personals, sondern anderen Variablen (siehe Empfehlung Dialog Kita- Rechts-Reform)	Sockelerhöhung auf 0,25 VZÄ (Erhöhung auf 10 Wochenstunden)			Sockelerhöhung auf 0,5VZÄ (Erhöhung auf 20 Wochenstunden)		
			in VzÄ (= 10 h/Wo.)	Gesamt VZÄ	Stunden/ Woche	in VZÄ (=10 h/Wo.)	Gesamt VZÄ	Stunden/ Woche
bis zu 4 VZÄ	0,125		0,25	0,375	15	0,5	0,625	25
4 bis zu 10 VZÄ	0,25		0,25	0,5	20	0,5	0,75	30
bis zu 15 VZÄ	0,375		0,25	0,625	25	0,5	0,875	35
mehr als 15 VZÄ	0,5		0,25	0,75	30	0,5	1	40